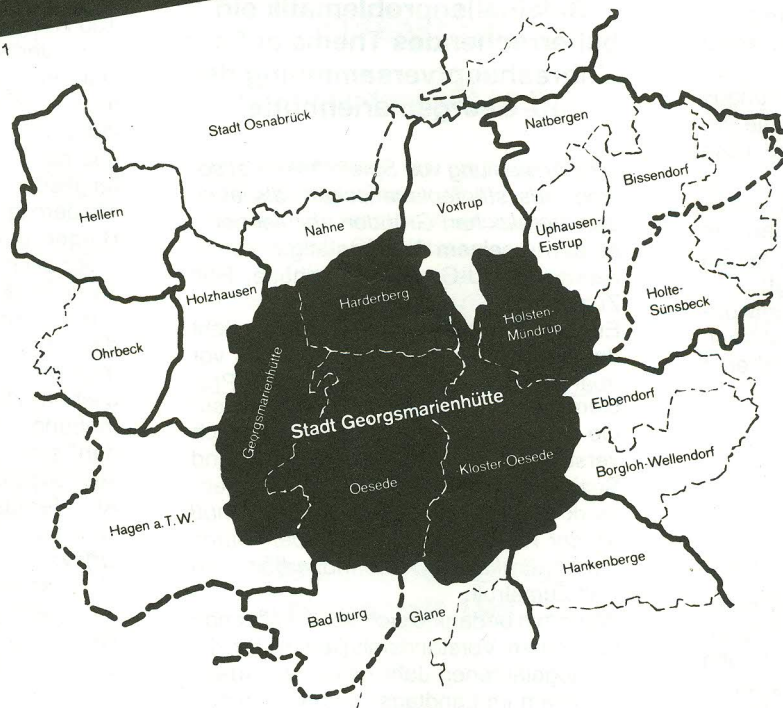


Stadt im werden

4. Dezember 1969

Nr. 1



Sie lesen in dieser Ausgabe:

- Seite 2: In eigener Sache
- Seite 2: Gründe der Zusammenlegung
- Seite 3: Schritte, die vorausgingen
- Seite 3: Arbeitsförderungsgesetz
- Seite 4: Ferienordnung 1969/70
- Seite 4: Beifall und Pfiffe

Herausgeber: CDU-Ortsverband Georgsmarienhütte · Verantwortlich: Günter Hohaus, 4504 Georgsmarienhütte

Verantwortlich:

Fr. Wilh. Schneider, 4504 Georgsmarienhütte, Papiermühle 64, Tel. 4 08 05

Auflage: 10.800

Offsetdruck: R. Lamkemeyer, 4504 Georgsmarienhütte, Tel. 4 05 28

Herausgeber

CDU

Georgsmarienhütte



**Liebe Leserinnen,
liebe Leser!**

„Stadt im Werden“ – zum 100. Mal!
Ein stolzes Jubiläum. Viel Mühe und Arbeit steckte und steckt in „unserer Zeitung“, die am 4. Dezember 1969 zum ersten Mal erschien. (Siehe Titelseite) Mehrfach hat sich nicht nur das äußere Bild dieser Zeitung geändert, geblieben ist nur der Name – zwar in veränderter Schreibweise – obwohl GM Hütte längst eine Stadt geworden ist.
Ins Leben gerufen von Günter Hohaus aus Alt-GMHütte haben vor mir viele Redakteure in verantwortlicher Weise diese Zeitung hervorragend gestaltet.
Ihnen allen, vor allem auch den Verteilern, ohne die eine Zeitung nicht „an den Mann“ gebracht werden könnte, sei an dieser Stelle herzlich Dank gesagt!
Seit einem Jahr bin ich nun verantwortlicher Redakteur dieser schon fast traditionellen Zeitung. Mir zur Seite stehen 7 Redakteure, und zwar:

August Fellhölder,
Christian Köhne,
Dieter König,
Manfred Motzek,
Werner Schmigelski,
Heinz Lunte

und Ralf Zumstrull.

Wir alle sind bemüht, Ihnen das politische und gesellschaftliche Leben in unserer Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu präsentieren. Es ist mein Bemühen, in diesem Zusammenhang sachlich informativ zu bleiben und jede Polemik zu vermeiden.

Friedrich Wilhelm Schneider

500. Mitglied des CDU-Stadtverbandes GMHütte!

Auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung am 19.3.87 im Friesenhaus (ehem. Kasino-Hotel) konnte der 1. Vorsitzende Dieter König Herrn Hubert Willmann aus Kloster Oesede als 500. Mitglied des CDU-Stadtverbandes GMHütte begrüßen.

Unser Bild zeigt Herrn Dieter König (rechts im Bild) bei der Überreichung eines kleinen Präsentes. Herzlichen Glückwunsch auch von der Redaktion.

Fr.W. Schneider



Foto: Fr.W. Schneider

Aus der »Jungen Union« Spielhallenproblematik ein beherrschendes Thema auf der Jahreshauptversammlung der JU-Georgsmarienhütte!

„Die Ansiedlung von Spielotheken ist sowohl aus städteplanerischen als auch aus moralischen Gründen abzulehnen“, so der in seinem Amt bestätigte Vorsitzende der JU-Georgsmarienhütte, Ralf Zumstrull.

Er wies in seinem Rechenschaftsbericht darauf hin, daß sich die JU bereits vor über einem halben Jahr mit dieser Problematik beschäftigt habe. Der Druck auf die Politiker in der Stadt müsse noch verstärkt werden, um der Jugend- und Sozialpolitik ein noch stärkeres Augenmerk zu schenken. „Das Problem muß an der Wurzel behandelt werden, durch noch attraktivere Verbandsarbeit“, so Ralf Zumstrull.

Weiterhin bedankte sich der Vorsitzende bei seinen Vorstandsmitgliedern für die im abgelaufenen Jahr geleistete Arbeit, vor allem im Landtags- und Kommunalwahlkampf. Er mahnte jedoch alle Anwesenden zu noch mehr Solidarität untereinander. Ralf Zumstrull kündigte weiterhin verstärkte Neumitgliederwerbung an, so z.B. durch Bildung einiger interessanter Arbeitskreise, die für jedermann zugänglich sein werden. Auch der anwesende Bürgermeister Hans Tegeler und der Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion H. Lunte dankten der JU für ihre tatkräftige Unterstützung im Kommunalwahlkampf. Der neugewählte Vorstand der JU-Georgsmarienhütte hat folgendes Bild:

Ralf Zumstrull (Vorsitzender)
M. Tegeler (stellv. Vorsitzender)
A. Bruns (Schatzmeister)
U. Grigo (Schriftführer)
Thomas Spieker (Beisitzer)
Frank Schmigelski (Beisitzer)
Martin Poggemann (Beisitzer)
Heidrun Zumstrull (Beisitzer)
Frank Frommeyer (Beisitzer)
Matthias Naujokat (Stadtjugendr.-del.)

„In memoriam....“

100 Ausgaben „Stadt im Werden“ – dahinter verbirgt sich das nun fast 18 Jahre währende Bemühen eines Redaktionsteams in wechselnder Zusammensetzung, ein Informationsblatt zu schaffen, das nicht nur als reines Parteiorgan für Mitglieder der CDU konzipiert wurde, sondern im bescheidenen Rahmen alle Bürger über allgemein politische und – vor allem – kommunale Probleme unserer Stadt unterrichten sollte; von Laien – nicht Profis – für Bürger gemacht. Ob dies immer und inwieweit gelungen ist, muß dem Urteil des Lesers überlassen bleiben. Doch darf man wohl ohne Anmaßung feststellen, daß „Stadt im Werden“ sich einen festen Platz im Bewußtsein unserer Bürger erobert hat.

Als Herausgeber der ersten Ausgabe vom 4.12.1969 zeichnete noch der CDU-Ortsverband (Alt-)Georgsmarienhütte; aber schon die dritte Ausgabe vom 31.1.1970 trug der veränderten Lage Rechnung: als Herausgeber trat die „CDU Georgsmarienhütte“ auf, und entsprechend dem Wachstum der jungen Stadt veränderten sich Verbreitungsgebiet und Auflagenhöhe.

Hinter jeder Ausgabe stand die Leistung vieler Helfer, denen für ihren Einsatz Dank gebührt.

Naturgemäß gab es im Verlaufe der fast 18 Jahre auch im Redaktions-Stab Veränderungen. Neue Redaktionsmitglieder kamen hinzu, andere schieden aus – einige riß der Tod aus ihrer Arbeit. Ihrer in Dankbarkeit zu gedenken, sollte in einer Jubiläumsausgabe nicht versäumt werden.

Für alle stehen:

Georg von der Haar (Alt-Hütte), der Senior im Gründungsteam, auf den der Name „Stadt im Werden“ zurückgeht. Kurt Schiermeier (Harderberg), Heinrich Jacob (Holzhausen) und Peter Conrad (Alt-Hütte) wurden allzu jung aus unserer Mitte gerissen.

Günter Hohaus (Alt-Hütte) lieferte die Idee und war der unermüdliche Motor „seines“ Blattes.

R. J.P.
Werner Schmigelski



Informationen aus dem Umweltausschuß

Im Programm der CDU steht Umweltschutz und verantwortliches Umweltbewußtsein an erster Stelle. Nach einer halbjährigen Tätigkeit im neuen Umweltausschuß gingen von der CDU die entscheidenden Aktivitäten aus.

- Entschlammung der beiden Kasinteeiche und des Holsteteiches.
- Verringerung des Trinkwasserverbrauchs und die Möglichkeit der Nutzung von Regenwasser als Brauchwasser, also zugleich auch aktive Regenrückhaltung am Ort des Niederschlags.
- Aktive Unterstützung der TÜV-Staubmessungen.
- Entlastung der Düte und der Dütewiesen durch intakte ständige Ölspeeren an der Kläranlage und am Eingang zum Klöcknerstollen.
- Schaffung einer Mitfahrzentrale beim Bürgerberater.
- Aufforsten des Grünfingers am Regenrückhaltebecken Kruseweg mit standortgerechten Gehölzen.
- Durch Eisregen vernichtete Bäume sollen auf Schulgrundstücken durch **Obstbäume** ersetzt werden.
- Wöchentliche Reinigung der Container-Stellplätze in GMHütte – (leider!)
- Begeisterung der Jugend für aktiven Umweltschutz. Achten Sie deshalb auf den „Tag der Umwelt 1987“!
- Öffnung der Wasserwerke und der Kläranlage mit Führung zum „Tag der Umwelt.“
- Re-Naturierung des Kiffenbrinkbaches und Schaffung eines Feuchtbiotops an dessen Unterlauf. Verhinderung weiterer Bodenverluste durch Verringerung der Fließgeschwindigkeit.
- Einrichtung einer ständigen **Smog-Meßstelle** durch das Land Niedersachsen in GMHütte.
- Für diese Umweltschutzmaßnahmen haben wir ca. 350.000 DM im Haushalt 1987 eingeplant!

Alle aufgeführten Aktivitäten werden in diesem Jahr in Angriff genommen. Die Vorarbeiten sind bereits angelaufen. Noch eine Bitte: Melden Sie uns Umweltschäden in Ihrer Nachbarschaft. Geben Sie Hinweise, wo die Politiker gefragt sind.

Johannes Ostermann



Hilfsaktion!

JU spendete 500,00 DM!

Der Vorsitzende der Jungen Union Georgsmarienhütte, Ralf Zumstrull, übergab Schwester Augusta von der Sozialstation GM-Hütte einen Scheck über 500,00 DM aus dem Erlös des Kirmesgetränkstandes; (Foto).
Unter dem Motto:

„1 x Trinken – 2 x Helfen“

hatte die JU auch im vergangenen Jahr wieder Geld für einen guten Zweck gesammelt. Die Verantwortlichen der Sozialstation entschlossen sich, einen fahrbaren Toilettenstuhl für das Geld anzuschaffen.

Die JU wird nach den Worten des Vorsitzenden neben der Sozialstation auch noch den drei Altenheimen in unserer Stadt eine Spende zukommen lassen.

Das „liebe“ Geld! – Haushalt 1987 –

Die Etatberatungen 1987 sind mit dem Ratsbeschluß über die Haushaltssatzung abgeschlossen worden. Aus zahlreichen Gemeinsamkeiten zwischen CDU und SPD gestalteten sich die Beratungen in diesem Jahr nicht so schwierig, obgleich die finanzielle Lage der Stadt weiterhin sehr angespannt ist. Die Zustimmung der Unabhängigen war nicht zu erwarten, da sie die gesamte Linie der politischen Entscheidungen nicht mitgetragen haben. Die UWG wird sich aber wieder bei allen Entscheidungen, die in der Bevölkerung positiven Anklang finden, als Vorreiterin aufspielen. Für unangenehme Entscheidungen trägt allein die CDU die Verantwortung.

Den Verwaltungshaushalt haben wir auch in diesem Jahr nicht ausgleichen können (Einnahme: DM 53.916.500,- Ausgabe: DM 56.016.200,-), erhoffen aber vom Land Niedersachsen gewisse Ausgleichsbeträge. Im Gegensatz zu

fast allen Nachbargemeinden haben wir in diesem Jahr auf eine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer verzichtet, doch dürfte im Jahr 1988 eine Anhebung nicht zu umgehen sein.

Im Vermögenshaushalt haben wir auf zahlreiche in den Ausschüssen schon beschlossene Maßnahmen verzichtet, um mit dem Bau der Sporthalle Oesede-Süd beginnen zu können.

Neben dieser Hochbaumaßnahme wird ein Großteil des Vermögenshaushaltes von DM 13.759.100,- für Straßenbauten (L95/Forstweg), für die Regulierung der Oberflächenentwässerung und für weitere Kanalbauten verwendet.

Es besteht kein Zweifel, daß der politische Handlungsspielraum, der gerade im Vermögenshaushalt deutlich wird, in den letzten Jahren in unserer Stadt immer mehr geschrumpft ist.

Wir haben deswegen über eine mittelfristige Finanzplanung eine Perspektive zur Verbesserung der Gesamtsituation erarbeitet, doch hängt dies auch von den in Bonn und in Hannover gesetzten Rahmenbedingungen ab.

Georg Daudt

»Schätzung«

– GRÜNE nutzen die Volkszählung zum Staatsboykott – Der demokratische Rechtsstaat ist herausgefordert!

Haben Sie in letzter Zeit auch mal von einer angeblich demnächst bevorstehenden „Volksaushorchung“ gehört? Dann waren es bestimmt unsere GRÜNEN, die Ihnen weismachen wollten, der Staat nutze die im Mai 1987 angesetzte Volkszählung dazu, seine Bürger auszuschnüffeln! Vergessen Sie das bitte ganz schnell! Niemand will Ihnen ins Portemonnaie oder unter die Bettdecke gucken. Der Bundestag hat vielmehr mit den **Stimmen von CDU/CSU, FDP und SPD** ein Gesetz beschlossen, um durch eine Volkszählung verlässliche Daten für eine Vielzahl von Entscheidungen auf einer Vielzahl von Gebieten wie z.B. Wohnungsbau, Verkehrsplanung, Rentenpolitik, Bildungswesen usw. zu erhalten, denn mit den Zahlen der letzten Volkszählung von 1970 läßt sich heute verständlicherweise nicht mehr konkret arbeiten. Wer wollte bestreiten, daß der Staat zunächst genaues Zahlenmaterial etwa über den Wohnungsbestand benötigt, um entscheiden zu können, ob noch Wohnungen im Sozialen Wohnungsbau mit öffentlichen Geldern gebaut werden müssen; gleiches gilt z.B. in der Rentenpolitik, denn wenn es in der Bundesrepublik Deutschland weniger junge Menschen gibt als angenommen, dann gibt es eines Tages auch noch weniger Beitragszahler zur Sicherung unseres Rentensystems als gegenwärtig errechnet. Die Beantwortung dieser und anderer Fragen soll durch die Volkszählung erleichtert werden. Verlässliche Planungen und richtige Entscheidungen kommen schließlich jedem einzelnen Bürger zugute.

Die GRÜNEN freilich ficht das nicht an. Sie sprechen von „Volksaushorchung“ und rufen zum Boykott der Volkszählung auf. Ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: Die GRÜNEN haben dem Volkszählungsgesetz im Bundestag nicht zugestimmt (was ihr gutes Recht ist), sie anerkennen aber nicht die Spielregel der parlamentarischen Demokratie, wonach unterlegene Minderheiten die Mehrheitsbeschlüsse akzeptieren! **Ohne diesen Grundsatz kann Demokratie nicht funktionieren.**

Warum aber haben die GRÜNEN nicht vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das Volkszählungsgesetz geklagt? Weil sie selbst wissen, daß es nicht verfassungswidrig ist; hat doch das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil vom 15.12.1983 bereits ausführlich zu den Voraussetzungen einer rechtmäßigen Volkszählung Stellung genommen, was der Gesetzgeber bei der nunmehr anstehenden Volkszählung in vollem Umfang berücksichtigt hat.

Den GRÜNEN aber geht es am Beispiel der Volkszählung wieder einmal ums Prinzip, das da lautet: **Die Institution 'Staat' anzugreifen**, oder, um im Demotisch zu sprechen: „**Feuer und Flamme gegen diesen Staat**“. Sie sagen

durch ihre Fraktionssprecherin im Bundestag, Frau Schoppe (nachzulesen in allen Tageszeitungen vom 2.3.1987), in einer Demokratie gelte zwar grundsätzlich das Mehrheitsprinzip, jedoch behielten sich die GRÜNEN vor, davon in bestimmten Situationen, z.B. Volkszählung, abzugehen und im Rahmen des sog. „gewaltfreien Widerstandes“ oder wie sie es auch nennen „zivilen Ungehorsams“ ein solches mit Mehrheit beschlossenes Gesetz zu bekämpfen. Kurz: Die GRÜNEN wollen entscheiden, wann Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren sind, sie wollen entscheiden, wann Demokratie funktionieren darf. Sie setzen damit den Hebel an unsere verfassungsgemäße Ordnung, die sie nur dann anerkennen wollen, wenn sie ihrer Interessenlage entspricht.

Solch eine Partei vertritt angeblich Millionen Wähler im Bundestag, der Repräsentanz unserer parlamentarischen Demokratie. Wissen diese Wähler eigentlich, wem sie da ihre Stimme gegeben haben? Einer Partei vielleicht, die sich nicht schämt, einen Bundestagsvizepräsidenten aus ihren Reihen zu beanspruchen, der ja den Bundestag in der Öffentlichkeit vertritt, während sie selbst im gleichen Atemzug mit „Anti-Volkszählungs-Ansteckern“ an der Brust auf ihren Abgeordnetenplätzen sitzen und rechtmäßig zustandekomene Beschlüsse eben dieses Bundestages bekämpfen? Einer Partei vielleicht, die das Wort „gewaltfrei“ in ihrem Programm an oberster Stelle trägt, wobei gleichzeitig gegen mehrere ihrer Abgeordneten Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft laufen, weil sie in Bonn von öffentlichen Flächen Plakate, die über die Volkszählung informierten, heruntergerissen haben? Einer Partei vielleicht, die ihre aus Steuergeldern finanzierten Telefone in ihren Bundestagsbüros dazu nutzt, ein „Anti-Volkszählungs-Telefon“ einzurichten und von dort aus zum Boykott der Volkszählung aufruft und Ratschläge erteilt, wie man das in der Praxis am besten macht?

Es gab schon einmal in Deutschland eine Zeit, in der selbst dem Parlament angehörende Parteien von dort aus zum Kampf gegen die staatliche Ordnung und ihre Gesetzgebung aufgerufen haben. Es war dies der Anfang vom Ende der Weimarer Republik und der Boden dessen, was ihr folgte. Wehren wir diesen Anfängen, in dem wir durch unsere aktive Beteiligung an der Volkszählung zeigen, daß wir zu diesem Staat und seiner verfassungsgemäßen Ordnung stehen. Geben Sie den Zählern bereitwillig Auskunft – es dauert höchstens 10 Minuten und die Fragen betreffen nicht ihre Privatsphäre. Vertrauen Sie auf die Zusage des Staates, daß Ihre Daten geheim und Sie selbst anonym bleiben. Geben Sie dem Volkszählungsboykott eine Abfuhr!

Manfred Motzek

Das »C« bei der CDU.

Falsche Voraussetzungen, gravierende Fehleinschätzungen und verkürzte Schlußfolgerungen lassen einen „Unabhängigen“ in der letzten „gig-Ausgabe“ zu dem Schluß kommen: Firma CDU muß »C« streichen. Diese Gleichsetzung allein zeigt schon die Geisteshaltung des Verfassers als Firma.

Wir stellen dem entgegen:

1. Die CDU hat 1945 einen neuen Anfang in der deutschen Parteilsgeschichte gesetzt, indem sie die konfessionellen Gegensätze, die nicht nur in der Weimarer Zeit spürbar waren, überwinden wollte. Namhafte katholische und evangelische Christen haben sich zusammengefunden, um die Zeit der Klassenkämpfe und Gesinnungskreige abzulösen. Die CDU ist keine katholische Partei, deswegen schon sind alle Schlußfolgerungen etwa über die katholische Sakramentallehre Verbindung mit der CDU völlig awegig! Wie wären ansonsten die Gründungsversammlung z.B. in Wuppertal mit überwiegend evangelischem Christenanteil, wie die Mehrheit der CDU in Schleswig-Holstein, wie die Abstimmung in Oesede über die Grundschulen zu verstehen? Der Autor betrachtet weder Historie noch Gegenwart!

2. Die CDU hat niemals einen Exklusivanspruch für Christen erhoben, er wird einfach unterstellt. Die Union stellt in ihrem Programm ganz eindeutig heraus, daß sich aus dem christlichen Glauben kein bestimmtes politisches Programm ableiten läßt, daß der Glaube aber mit seinem Verständnis vom Menschen eine ethische Grundlage für verantwortliche Politik darstellt.

Positiv ausgedrückt, fordert die CI eine Politik, die sich an den Grundsätzen christlicher Verantwortung orientiert. Zielsetzungen dafür sind: Freiheit des einzelnen Menschen, der sich der Gemeinschaft verpflichtet weiß, Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Niemals hat die CDU die Bibel als Handlungsanweisung für jedes einzelne Parteimitglied gesehen. Im Begriff „christlich“ ist die Summe einer Vielzahl differenzierter Einzelstimmen zu sehen, deren Gemeinsamkeit darin besteht, bei der Frage nach dem „Sein“ und dem „Seinsollen“ der menschlichen Gesellschaft einen überweltlichen Gott als Schöpfer, Erhalter und Vollender zu begreifen und in den Geboten Gottes und in der Nächstenliebe die eigenen Grundlagen des Handelns zu erblicken.

Auf dieser Basis ist ein gemeinsames Handeln von Christen und Nichtchristen möglich.

Der Verfasser sollte sich mit Textgrundlagen beschäftigen, bevor er urteilt bzw. verurteilt.

Sollten wir etwa der Sozialdemokratie einen Exklusivanspruch auf Sozialverhalten, den Freidemokraten einen Exklusivanspruch auf Liberalität vorwerfen, nur weil sie die Bezeichnungen im Namen führen?

In der einfachen Fragestellung bemerkt ein jeder den verkürzten Fehlschluß des Unabhängigen.

3. Beim Begriff der Demokratie wird es noch verwirrender. Der Versuch, jedes Demokratieverständnis gleichzusetzen mit christlichen Elementen, wird von ihm selbst schon als Sackgasse erkannt, wenn er den Totalitätsanspruch von Parteien betrachtet, die sich auch demokratisch bzw. volksdemokratisch nennen. Gerade diese Ideologisierung unterstellt er mit dem Exklusivanspruch der CDU, dieses Fehlverhalten wirft er den christlich orientierten Politikern in ihrem eigenen Verhalten vor.

Welch ein Vorwurf liegt in der Forderung, Politik habe „echte Christen“ bitter nötig, welche eine Selbsteinschätzung liegt im Begriff „echte Christen“. Ich fühle mich an die Aufforderung von Jesus erinnert, „... der werfe den ersten Stein.“

4. Zu der sogenannten „Verzerrung des Evangeliums durch Kirchenfürsten“ kann ein examinierter Religionslehrer sicherlich kompetenter Stellung beziehen als ich, doch die Verkürzung der Anklage: Strapazierung der Abtreibung bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit unter Nichtbeachtung anderer Defizite ist beim Lesen des letzten Hirtenbriefes zur Wahl '87 wahrlich mehr als fehlinterpretiert. An konkreten Situationen haben die Bischöfe das Handeln aus christlicher Verantwortung beschrieben. Darf nur die Gewerkschaft Prüfsteine legen? Stimmt offizielle Kirchenmeinung nur, wenn sie mit meinen eigenen Vorstellungen übereinstimmt? Nicht „sine ira et studio“, nicht ohne Zorn und Eifer (andere Begriffe sind auch denkbar) ist den CDU-Mitgliedern „Heuchelei“ unterstellt, wenn so getan wird, als kümmerne sich die „Firma CDU“ (denk: Bonzen, Großkapital) nicht um politische Defizite in unserer Gesellschaft. Alle großen Reformen (Rente, Mitbestimmung, Familienpolitik, Lastenausgleich, Maßnahmen zum Umweltschutz u.v.a.m.) sind entscheidend von Männern und Frauen der CDU geprägt! Außerdem sind CDU-Mitglieder nicht Repräsentanten einer kirchlichen Gesellschaft. Kirchliche Beschlüsse und Sendschreiben mögen den Einzelnen bilden, nicht aber kollektiv eine christliche Partei.

5. Die geforderte Trennung von „christlich“ zwischen Politik und Religion entspricht doch in keiner Weise der Vorstellung von der religiösen Durchdringung des gesellschaftlichen Lebens. In den Dokumenten des

II. Vatikanums – ich argumentiere jetzt aus katholischer Sicht – wird selbst eine Durchdringung aller Dimensionen des menschlichen Lebens, eine Verwaltung der irdischen Dinge, Regelungen, die es gestatten, in allen zeitlichen Vorkommnissen das Reich Gottes zu suchen, gefordert.

Soll eine Partei, ein Teil des gesellschaftlichen Lebens, nicht durchdrungen werden? Dabei behauptet die CDU nicht, allein vom christlichen

Geist durchdrungen zu sein.

Beinhaltet die Streichung des »C« im Letzten nicht auch die Forderung nach Streichung der Partei, die ca. 50% der Wählerschaft vertritt? Was soll an ihre Stelle treten, gerade vor dem historischen Hintergrund (Pkt. 1) und dem pluralistischen Demokratieverständnis (Pkt. 2/3)?

Der sogenannte Unabhängige entlarvt sich selbst.

Heinz Lunte

Mit klarer CDU-Mehrheit in die nächsten fünf Jahre

Da die Januar-Ausgabe von „Stadt im Werden“ im wesentlichen von der Vorbereitung der Bundestagswahl geprägt war, veröffentlichen wir erst heute die Namen der Mitglieder der CDU-Fraktion im Verwaltungsausschuß und in den Fachausschüssen:

Verwaltungsausschuß:

| | |
|------------------------------|-------------------------------------|
| Hans Tegeler (Bürgermeister) | Alex Warner (stellv. Bürgermeister) |
| Karl Bußmann | Heinrich Gartmann |
| Heinz Lunte | Werner Schmigelski |

Der Verwaltungsausschuß hat insgesamt 11 Mitglieder:
CDU 6, SPD 4, UWG 1.

Persönliche Vertreter:

| | |
|--------------------------------|-----------------------------|
| August Fellhölter (für Warner) | Willi Frische (Schmigelski) |
| Heinrich Herkenhoff (Gartmann) | Johannes Menkhaus (Tegeler) |
| Josef Rohling (Bußmann) | Horst Winterbur (Lunte) |

Fachausschüsse:

Insgesamt gibt es neun Fachausschüsse, in sechsen davon stellt die CDU den Ausschußvorsitzenden. Für jeden dieser Ausschüsse hat die Fraktion auch noch einen Arbeitskreisleiter benannt.

In den anderen drei Ausschüssen stellt die CDU den stellv. Vorsitzenden, er ist gleichzeitig der Arbeitskreisleiter.

Manche Ausschüsse haben 11 Mitglieder (CDU 6, SPD 4, UWG 1), andere haben 9 Mitglieder (CDU 5, SPD 3, UWG 1).

1. Ausschuß für Planung und Wirtschaftsförderung:

| | |
|---------------------|---|
| Vorsitzender: | Alex Warner |
| Arbeitskreisleiter: | Christian Köhne |
| Weitere Mitglieder: | Heinz Lunte Johannes Ostermann Hans Tegeler |
| 1. Vertreter: | Heinrich Herkenhoff |

2. Bauausschuß:

| | |
|---------------------|---|
| Vorsitzender: | Willi Frische |
| Arbeitskreisleiter: | Johannes Menkhaus |
| Weitere Mitglieder: | Karl Bußmann Franz Meyer zu Oesede Josef Rohling Horst Winterbur |
| 1. Vertreter: | Johannes Ostermann |

3. Finanzausschuß:

| | |
|---------------------|---|
| Vorsitzender: | August Fellhölter |
| Arbeitskreisleiter: | Georg Daudt |
| Weitere Mitglieder: | Heinrich Gartmann Heinz Lunte Eckhard Ruthemeyer Friedrich Temme |
| 1. Vertreter: | Johannes Menkhaus |

4. Ausschuß für Kultur- und Fremdenverkehrsförderung:

Vorsitzender: Dieter König
Arbeitskreisleiter: Horst Winterbur
Weitere Mitglieder: Georg Daudt
Heinrich Herkenhoff
Johannes Rehm
Werner Schmigelski
1. Vertreter: Theo Elixmann

5. Schulausschuß:

Vorsitzender: Heinrich Herkenhoff
Arbeitskreisleiter: Friedrich Temme
Weitere Mitglieder: Christian Köhne
Johannes Menkhaus
Bernhard Snehota
1. Vertreter: Heinz Lunte

7. Ausschuß für Sozial-, Familien- und Krankenhausangelegenheiten:

Stellv. Vorsitzender u. AK-Leiter: Theo Elixmann
Weitere Mitglieder: August Fellhölter
Johannes Ostermann
Josef Rohling
Bernhard Snehota
1. Vertreter: Dieter König

8. Jugend- und Sportausschuß:

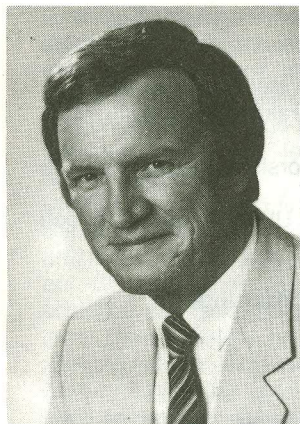
Stellv. Vorsitzender u. AK-Leiter: Eckhard Ruthemeyer
Weitere Mitglieder: Georg Daudt
Heinrich Gartmann
Dieter König
Werner Schmigelski
1. Vertreter: Bernhard Snehota

6. Werksausschuß:

Vorsitzender: Franz Meyer zu Oesede
Arbeitskreisleiter: Christian Köhne
Weitere Mitglieder: Theo Elixmann
August Fellhölter
Willi Frische
Josef Rohling
1. Vertreter: Horst Winterbur

9. Umweltausschuß:

Stellv. Vorsitzender u. AK-Leiter: Johannes Ostermann
Weitere Mitglieder: Johannes Rehm
Eckhard Ruthemeyer
Bernhard Snehota
Friedrich Temme
1. Vertreter: Karl Bußmann



Interview mit dem neuen Vorsitzenden der Mittelstandsvereinigung Helmut Rahenbrock

Redaktion: Sie sind in der Genaralversammlung vom 19. März 1987 einstimmig zum 1. Vorsitzenden gewählt. Wie setzt sich der weitere Vorstand zusammen?

Meine Stellvertreter sind die Ratsherren Heinrich Gartmann und Willi Frische. Zum Beirat gehören: Martin Dälken, Ronald Kelle, Jörg Marten, Franz-Josef Neumann und Egon Tiesmeyer.

Red.: Welche Ziele hat die Mittelstandsvereinigung Georgsmarienhütte?

Wir wollen aktuelle mittelstandspolitische Fragen erörtern und unsere Meinung in der Fraktion, im Rat und in der Verwaltung vorbringen und nach Möglichkeit auch durchsetzen. Es sollen dabei keine Hürden aufgebaut werden, es wird vielmehr die gute Zusammenarbeit zum Wohle der Bürger der Stadt Georgsmarienhütte angestrebt.

Red.: Was sind nun mittelstandspolitische Belange?

Zunächst mal eine Feststellung:

Der Mittelstand in Deutschland tätigt 44 % der Investitionen, erarbeitet 49 % des Sozialproduktes, macht 51 % der Umsätze, beschäftigt 66 % der Arbeitnehmer und stellt 86 % der Ausbildungsplätze, erhält jedoch keine Subventionen. Unter Berücksichtigung der Tatsachen sind die mittelstandspolitischen Belange sehr vielseitig.

Hier vor Ort geht es in Sonderheit um eine bessere Bestandspflege und entsprechende Rahmenbedingungen für unsere vorhandenen zum Teil jahrzehntelangen ansässigen Betriebe, Geschäftsleute, Handwerker und Freiberufler. Die Erhaltung und den Ausbau der Arbeitskräfte sowie Beschaffung der Ausbildungsplätze hat dabei Vorrang.

Gegenüber den Konzernen hat sich der Mittelstand oft als krisensicherer erwiesen, er ist die tragende Säule unserer Volkswirtschaft mit Augenmaß für die Bewegung des Marktes, mit verantwortungsbewußtem Risiko und entsprechenden Innovationen und Aktionen.

Wir wollen die Sorge mittelständischer Berufsgruppen und deren Mitarbeiter aufgreifen und Lösungsmöglichkeiten bei den entsprechenden Institutionen anstreben.

Red.: Wie ist die Mittelstandsvereinigung überregional vertreten?

Die Mittelstandsvereinigung ist bundesweit eine starke politische Kraft. In Niedersachsen gibt es über 6.000 Mitglieder, wobei Frau Finanzminister Birgit Breuel die Landesvorsitzende ist. Weitere Mitglieder sind die Minister Wilfried Hasselmann, Dr. Burkhard Ritz, Dr. Werner Remmers, der Fraktionsvorsitzende Josef Stock, sowie August Knemeyer und Landrat Josef Tegeler.

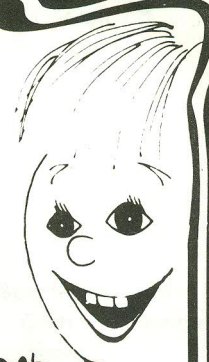
Red.: Wie gestalten Sie das Jahresprogramm der Mittelstandsvereinigung?

Wir werden je nach Bedarf ca. einmal im Monat nach entsprechenden Einladungen unsere Versammlungen haben, wo mittelstandsrelevante Fragen erörtert werden. Wir werden diese Versammlungen mit interessanten Betriebsbesichtigungen und entsprechenden Erläuterungen sowie mit Referaten bedeutender Redner kombinieren.

Insgesamt ein vielseitiges Programm mit direktem Kontakt zu Politikern, Verwaltungsfachleuten und Mittelständlern.

Für Aufnahmeinteressierte steht der gesamte Vorstand gern zur Verfügung, eine Parteizugehörigkeit ist nicht erforderlich.

Red.: Herr Rahenbrock, herzlichen Dank und viel Erfolg.



Noch sind
Plätze frei!

Junge Union - Zeltlager
in Holzhausen.

Sommerlager - Programm!

Nachtwanderung, Ausflug,
Zoo-Besuch u.s.w.

1. Lager: von Sonntag 28.6. bis Freitag 3.7.87

2. Lager: von Sonntag 5.7. bis Freitag 10.7.87

» Jedes Lager kostet «
nur **30,-**



Anmeldung

M. Tegeler

» Tel.: 05401/2463



Dieses Zeltlager ist insbesondere für Kinder
gedacht, deren Eltern im Sommer nicht
in Urlaub fahren!